

**PRESSE-
KONFERENZ**
15.3.2018

SOZIALSTAAT ALS POSITIVER FAKTOR FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT

Präsentation der WIFO-Studie „Sozialstaat und Standortqualität“ –
Rückschlüsse für Österreichs Bundesbudget

CHRISTINE MAYRHUBER

Studienautorin, WIFO

CHRISTA SCHLAGER

Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

MARKUS MARTERBAUER

Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften der AK Wien



Der Sozialstaat wird mitunter als Hemmnis für den Wirtschaftsstandort bezeichnet, von KritikerInnen wird er als Bremse für die Wirtschaft gesehen. Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) zeigt nun das Gegenteil: Ein gut ausgebauter Sozialstaat wie der österreichische erhöht das Potenzial einer Volkswirtschaft. Investitionen in den Sozialstaat sind nicht nur für die Menschen, die davon direkt profitieren, von Nutzen, sondern wirken auch positiv auf die Volkswirtschaft. Der Sozialstaat eröffnet Chancen und fördert Innovationsfähigkeit und damit die – aktuelle und zukünftige – Wertschöpfung. Der Sozialstaat gibt Sicherheit, hilft beim Strukturwandel, stabilisiert die Wirtschaft und fördert Resilienz, also die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen. Im Hinblick auf das derzeit in Verhandlung stehende Budget heißt dies: Einschnitte beim Sozialstaat wären ein Fehler.

Wie kam es zur Studie?

Auch wenn Österreich zu den höchstentwickelten Volkswirtschaften der Welt gehört, wurde und wird das Mantra einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen Jahren von VertreterInnen der Wirtschaft und der Industrie laufend wiederholt. Mittlerweile hat auch die Bundesregierung eine „Standortpartnerschaft mit Industrie und Wirtschaft“ zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit angekündigt. Ihrer Meinung nach bräuchte es dringend Steuersenkungen, einen weniger ausgebauten Sozialstaat und weniger Regeln für die Wirtschaft.

Als Vertretung von 3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen ist es uns ein Anliegen, dieser Debatte eine gesamtwirtschaftliche Sicht gegenüberzustellen: Der Wohlstand einer Volkswirtschaft ist eine Kombination von ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren und wird von den arbeitenden Menschen erzeugt.

Die AK hat das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO beauftragt, eine ökonomische Klärung des Begriffs Wettbewerbsfähigkeit vorzunehmen, die Wirkungsmechanismen des Sozialstaats als Standortfaktor zu untersuchen, dessen Erfolgskanäle aufzuzeigen, aber auch strukturelle Verbesserungen anzudeuten.

Die Ergebnisse der Studie:

Was ist Standortqualität?

Standortqualität ergibt sich aus einer Vielzahl von gestaltbaren Umfeldbedingungen einer Region oder eines Landes, die sich über institutionelle, infrastrukturelle, soziale und technologische Gegebenheiten und Ressourcen manifestieren. Die Beurteilung der Standortqualität – im Sinne von Quantität als auch Qualität standortgebundener Ressourcen – unterscheidet sich in Abhängigkeit vom Blickwinkel, von dem aus sie betrachtet wird (aus Unternehmenssicht, aus Sicht der Erwerbsbevölkerung etc.) und vom zeitlichen Betrachtungshorizont.

Während aus betriebswirtschaftlicher, unternehmerischer Sicht zumeist die kurzfristige Optimierung der Faktoren im Mittelpunkt steht, dominiert aus volkswirtschaftlicher Perspektive die mittel- und langfristige Sicht, wenn es darum geht, das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft zu erhöhen. Gerade im Zusammenhang mit den „Beyond GDP“-Zielen der europäischen Kommission gewinnt die langfristige Nachhaltigkeit gegenüber kurzfristigen Wettbewerbsfaktoren, die auf kostenmäßige/preisliche Aspekte fokussieren, an Bedeutung.

Damit treten neben dem Output (quantitativ) vor allem auch soziale und ökologische Kriterien, die die Qualität (Outcome) bestimmen, für die Beurteilung der Standortpolitik in den Mittelpunkt.

Der Sozialstaat macht krisenfest!

Mittel- und langfristig bedeuten Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität einer Region oder eines Landes die Fähigkeit zu Innovation, zum Wandel, zur Anpassung an neue Gegebenheiten sowie zur Resilienz in Krisenzeiten.

Automatische Stabilisatoren als Stütze der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage: Die automatischen Stabilisatoren (hohe Ersatzrate in der Pensionsversicherung, Dauer und Höhe des Arbeitslosengeldbezugs etc.) stützen in konjunkturell schwierigen Phasen die Kaufkraft großer Bevölkerungsgruppen und mildern die Folgen konjunktureller Einbrüche, indem sie den gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall dämpfen und die Erwartungen der KonsumentInnen wie auch der ProduzentInnen und InvestorInnen stabilisieren. Sie reduzieren wesentliche Existenz- bzw. Zukunftsängste und ermutigen sogar zu notwendigen Anpassungsleistungen (z.B. Umschulungen, Höherqualifizierung).

Der Sozialstaat bringt Leistung!

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft der Volkswirtschaft: Mit einem umfassenden Bildungsangebot (v.a. frühkindliche Betreuung und konsistentes Konzept der schulischen bis akademischen Bildung) wird nicht nur die Beziehung zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und der Kinder (Stichwort: ungünstige „Bildungsvererbung“) aufgebrochen. Auch die sozialen und ökonomischen Chancen benachteiligter Kinder werden verbessert. Zudem werden mittel- und langfristig die Innovations- und Entwicklungsfähigkeiten der Bevölkerung erhöht.

Gruppenspezifische Qualifikations- und Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose oder gesundheitlich Beeinträchtigte zeigen positive Beschäftigungseffekte. Frühe Umschulungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie verstärkte gesundheitliche Prävention dienen als Instrumente zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung.

Gesundheit & Betreuung/Pflege sind wichtige Bereiche sozialstaatlicher Investitionen

Der Ausbau präventiver Maßnahmen zum mittel- und langfristigen Erhalt der individuellen Gesundheit ist wichtig, um Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und die Lebensqualität zu erhöhen. Eine Verlagerung von Geld- zu Sachleistungen könnte die Erwerbsbeteiligung betreuungspflichtiger Frauen erhöhen. Dies würde sie besser gegen Altersarmut absichern und darüber hinaus die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Betreuung und Pflege steigern.

Monetäre Sozialleistungen stellen einen wichtigen Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Österreich dar, investive Sozialausgaben (Sach- und Dienstleistungen) bringen direkte und indirekte Beschäftigungseffekte (beispielsweise im Gesundheits- oder Betreuungswesen). Stabile Nachfrage und stabile Erwartungen kennzeichnen die Standortqualität von Österreich und erhöhen die gesamtwirtschaftliche Resilienz.

Kooperative Arbeitsbeziehungen und Sozialpartnerschaft fördern die gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Die kooperativen Arbeitsbeziehungen zwischen den Tarifparteien in Österreich bedeuten stabile Beziehungen zwischen den Sozialpartnern. Gerade in einer exportorientierten kleinen offenen Volkswirtschaft fördern diese Strukturen die Orientierung an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Standortqualität wird dadurch verbessert, dass für alle Unternehmen einer Branche die gleichen (kollektivvertraglichen) Rahmenbedingungen gelten.

Der Sozialstaat macht wettbewerbsfähig!

Die WIFO-Studie verdeutlicht einen positiven Zusammenhang zwischen der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und der Sozialquote. **So weisen jene Länder mit einer höheren Nettosozialquote in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auf.**

Was leitet die Arbeiterkammer aus den Ergebnissen ab?

Die WIFO-Erkenntnisse verdeutlichen, dass die in Schieflage geratene Sichtweise der Funktion von Wirtschaftspolitik wieder in einen gesamtwirtschaftlichen Kontext zu stellen ist.

1. Ein hohes Wohlstandsniveau ist ein Beleg für hohe Standortqualität

Der Wettbewerbsfähigkeitsbegriff einer Volkswirtschaft ist einer, der auf Wohlstand einer Volkswirtschaft abzielt und damit ein anderer als jener für Unternehmen.

Deshalb wäre es ein unüberlegter Schnellschuss, den „Wirtschaftsstandort“, wie ihn die Bundesregierung definiert, in die Verfassung zu schreiben. Wichtig ist es, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu betonen, wie es bei den „Sustainable Development Goals“ der UNO der Fall ist, zu denen sich Österreich verpflichtet hat.

Zentral ist eine langfristige, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Strategie zur Weiterentwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten, bei der die Menschen mit ihren Ideen, Fähigkeiten und Potenzialen im Mittelpunkt stehen. Denn diese bestimmen schließlich das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft und damit auch ihr Wohlstandsniveau.

„Wir wollen die Qualitätsleiter hinauf und nicht die Preisleiter hinunter“, sagt Christa Schlager, Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik in der Arbeiterkammer Wien.

2. Der Sozialstaat gibt Sicherheit, hilft beim Strukturwandel, stabilisiert die Wirtschaft und fördert Resilienz

Die Arbeiterkammer sieht in einem gut ausgebauten Sozialstaat den besten Weg, um den Wandel zu begleiten, den Menschen Sicherheit zu geben und ihnen Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen.

Der Sozialstaat ist kein Bremsklotz, sondern das Fundament auf dem die soziale Marktwirtschaft aufbaut. Es geht um eine Weiterentwicklung des Sozialstaats, damit letztlich auch die Standortqualität sowie die Resilienz und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden können.

Gerade in Zeiten der Digitalisierung und des Klimawandels, gerade in Zeiten der Veränderung braucht es die Sicherheit, die der Sozialstaat bietet.

3. Der Sozialstaat eröffnet Chancen und fördert Innovationsfähigkeit

Die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit und des Ausbildungs- und Weiterbildungssystems haben unter den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen Priorität. In der Arbeitsmarktpolitik und im Bildungsbereich fordern wir Strukturreformen. Die Begabungen und Fähigkeiten, die Lebenschancen jedes und jeder Einzelnen sind besser zu fördern.

Wird jetzt beim Arbeitsmarktservice gespart – obwohl die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch ist – werden soziale Probleme produziert. Die Lebenschancen und die Lebensqualität vieler Menschen würden eingeschränkt, mit negativen gesamtgesellschaftlichen und

gesamtwirtschaftlichen Folgen. Gerade eine Regierung, die sagt, dass Arbeit sich lohnen soll, sollte Menschen in Beschäftigung bringen sowie Anreize und Unterstützung dafür bieten.

(Soziale) Sicherheit ist Voraussetzung für Planbarkeit und Innovation. Flexibilität hängt eng mit Sicherheit zusammen. Gibt ein soziales Netz Sicherheit, ist es für den Einzelnen oder die Einzelne leichter, sich auf Wagnisse, neue Qualifikationen, neue berufliche Herausforderungen und die Zukunft einzulassen.

4. Der Sozialstaat fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Kaufkraft der Menschen und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Der Sozialstaat wirkt gegen die Spaltung der Gesellschaft - je niedriger die Ungleichheit, umso höher die Kaufkraft und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Schlussfolgerungen aus der Studie im Hinblick auf die Budgetdebatte

Die österreichische Wirtschaft erlebt derzeit einen kräftigen Konjunkturaufschwung. Gerade die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen in der Industrie und anderen Wirtschaftszweigen weiten ihre Produktion und ihre Investitionstätigkeit stark aus und widerlegen damit das Gerede vom „abgesandten Standort“. Die gute Konjunktur führt zu kräftigem Einnahmenwachstum des Staates und sinkender Arbeitslosigkeit.

Das rege Wachstum der Staatseinnahmen führt das österreichische Budget in Richtung eines Nulldefizits, das wahrscheinlich bereits im Jahr 2018 erreicht wird. Um dieses – konjunkturell adäquate – Ziel zu erreichen, sind keine Einsparungsmaßnahmen im Sozialbereich notwendig.

„Ein sozial schädlicher Spardruck entsteht nur dann, wenn umfangreiche Steuersenkungen für Großkonzerne und SpitzenverdienerInnen umgesetzt werden“, sagt Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften in der Arbeiterkammer Wien.

Das starke Beschäftigungswachstum und die wachsende Zahl an offenen Stellen bieten für die Arbeitsmarktpolitik die hervorragende Möglichkeit, Arbeitslose und prekär Beschäftigte in gute Jobs zu bringen. Gerade in der gegenwärtigen konjunkturellen Phase sollten deshalb Anstrengungen der Bildungspolitik, der aktiven Arbeits- und Qualifizierungspolitik sowie der Vermittlung verstärkt werden, um gute Arbeit für alle zu ermöglichen.

Konjunkturell gute Zeiten sind in besonderem Maß dazu geeignet, Strukturreformen umzusetzen, die Wohlstandssteigerungen auch für jene sozialen Gruppen zu ermöglichen, die besondere Förderung brauchen. Die AK fordert daher eine soziale Investitionsstrategie für Arbeitslose, prekär Beschäftigte sowie armutsgefährdete Haushalte und lehnt eine Dumpingstrategie ab, die auf Verschlechterung der Standards und auf Reduzierung der Absicherung für die Schwächsten der Gesellschaft abzielt. Auch im Bereich Bildung sind Investitionen nötig, um Schulen nach dem Chancenindex zu finanzieren und den Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen und Ganztagschulen zu forcieren. Ein Qualifizierungsgeld und eine Weiterbildungswoche pro Jahr würden dazu beitragen, damit möglichst viele ArbeitnehmerInnen neue Chancen in Zeiten des digitalen Wandels wahrnehmen können. **Eine Budgetpolitik, die hier spart, ist nicht nur ungerecht, sie wäre angesichts der guten Konjunktur überdies eine Budgetpolitik der vergebenen Chancen.**

Auch das Argument, der Sozialstaat käme zu teuer, gilt nicht, denn die Sozialquote in Österreich ist – trotz der enormen Folgen für den Sozialstaat im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise – seit Mitte der 1990er-Jahre stabil zwischen 28 und 30 Prozent der Wirtschaftsleistung geblieben.